

POLITISIERTES UMWELTBEWUSSTSEIN

Trotz einer vierjährigen Vorbereitung der Stockholmer UN-Umweltkonferenz, an der 1200 Delegierte aus 114 Staaten vom 5. bis 15. Juni teilnahmen, ist es erwartungsgemäß nicht gelungen, einen exakten Rahmen der Umweltschutzproblematik abzustecken (1). Die vom Generalsekretär der Konferenz, dem Kanadier M. Strong, vorgelegten Berichte geben lediglich einen Überblick über die wichtigsten Umweltfragen: Eine humane Unterbringung der Weltbevölkerung, vor allem in den Städten, ist nicht gewährleistet. Die Städteplanung in der Dritten Welt muß sich auf wirksame Bekämpfung von Seuchen und Naturkatastrophen einstellen, für sauberes Wasser, saubere Nahrung, Luft und Energie sorgen, dazu die besonderen Verkehrs- und Transportfragen lösen. Internationale Programme in "Umweltverbesserungsgebieten" sind deshalb geplant. Zum Schutz vor Naturgewalten steht der Ausbau einer globalen Erdbeben- und Taifunkontrolle an. Allgemeine Zentralthemen sind der Schutz der Biosphäre und des Ökosystems beim Abbau der Naturvorkommen. Dazu gehören Fragen wie Bodenerosion, Nachwirkungen von Pestiziden (DDT), Ölverschmutzung der Weltmeere, Verschmutzung der Atmosphäre mit Schadstoffen, Aufforstungsgarantie der Wildtierbestände. Der Bevölkerungsexplosion ist durch langfristige internationale Familienplanung vorzubeugen. Schließlich müssen als Fundament zukünftigen Handels Erziehungsprogramme ausdiskutiert werden, die als langfristige Aufgabe ein geschärftes Umweltbewußtsein wecken sollen.

Obgleich die Konturlosigkeit der Problemkomplexe (Überschneidung mit Abrüstung, Entwicklungshilfe, Aufgaben der WHO usw.) die Konferenz hat ausufern lassen, kann sie mit wesentlichen Ergebnissen aufwarten, die im Herbst von der UN-Vollversammlung ratifiziert werden müssen:

1. Eine "Deklaration über die menschliche Umwelt" mit 26 Paragraphen konnte im letzten Moment vom Plenum verabschiedet werden. Sie stellt allgemeine Prinzipien des Umweltschutzes auf als Grundlage für spätere, international verbindliche Gesetzesregelungen. Eine zweite Umweltkonferenz ist für 1977 in Mexico City geplant.
2. Ein Aktionsprogramm mit über 200 Empfehlungen wurde akzeptiert. Wichtigste Aufgaben sind das Programm "Erdwacht", ein Kontrollsystem von 110 Überwachungsstationen mit angeschlossener Datenbank und einem Kontrollnetz von Satellitenbeobachtungen. Ein zehnjähriges Moratorium für den Walfang ist beschlußreif, ebenso wie eine Konvention über die Verhinderung der Meeresverunreinigung.

3. Die Durchführung der Projekte des "Aktionsprogramms" soll vom ständigen Sekretariat eines aus 54 Nationen bestehenden Umweltrates gesteuert werden. Als Sitz wird Genf vorgeschlagen. Dem Rat sollen 100 Millionen US-Dollar für eine Laufzeit von fünf Jahren zur Verfügung stehen. Die Beiträge werden sich fast ausschließlich auf die Industrienationen verteilen. Die USA haben 40 Millionen, Japan 10 Millionen US-Dollar zugesagt.

Die Volksrepublik China hat 17 Delegierte mit Beratern, Sekretären und Journalisten (31 Mann) nach Stockholm entsandt. Zwar wird in dem Hauptdokument der Chinesen, der Rede des Delegationsleiters und stellvertretenden Ministers für Brennstoffe und chemische Industrie T'ang K'e (2), das Bemühen der Volksrepublik angesprochen, im eigenen Land industrielle Verunreinigungen der Umwelt durch Abgase, Abwässer und Abfälle zu verhüten und durch patriotische Massenbewegungen für Hygiene und Aufforstungskampagnen einen Beitrag zu leisten (3). Der politische Aspekt der Umweltproblematik besaß in chinesischer Einschätzung jedoch eindeutig Priorität. T'ang K'es Ausführungen konzentrierten sich auf eine Politik der Vereinten Front mit den Entwicklungsländern. China machte sich, wie schon auf der UNCTAD, zum Führer der Dritten Welt und vertiefte die Kluft zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen. In dieser Sicht ist Umweltschädigung hauptsächlich das Ergebnis einer imperialistischen Politik der Plünderung, der Aggression und des Krieges. Ganz im Sinne der Dritten Welt forderte die chinesische Erklärung ausdrücklich das Recht zum Aufbau einer nationalen Wirtschaft und modernen Industrie. Umweltrücksichten auf Verunreinigung haben sich diesem Ziel unterzuordnen. Jeder Staat soll daher den Standort der eigenen Umweltpolitik auch weiterhin selbst bestimmen, damit die Interessen der Entwicklungsländer nicht von den Großen unter dem Vorwand des Umweltschutzes unterminiert werden können. Sie sollen, so T'ang K'e, im Gegenteil das Recht haben, gegen solche Repressionen Sanktionen einzuleiten und die Industrienationen für Ausfälle und Schädigungen zur Kasse bitten können. Wie sehr die Delegation der VRCh es verstanden hat, aus derart verständlichem Verlangen und tiefer liegenden Ressentiments dank geschickter Verhandlungstaktik politisches Kapital (4) zu schlagen, zeigt der ungleich schwächere Beifall, den der indische Beitrag einbrachte. Obgleich die von Ministerpräsident Indira Gandhi (5) persönlich vorgetragene Stellungnahme in der Sache fast parallel zu den chinesischen Thesen verlief, sich gegen das Profitstreben auf Kosten der schwachen Nationen, gegen die schon vom

schwedischen Ministerpräsidenten Palme kritisierte amerikanische Umweltverwüstung in Vietnam richtete und empfahl, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen, fanden diese Ausführungen bei weitem nicht die Aufmerksamkeit der chinesischen Demonstrativsten. Daran änderten auch konkrete Vorschläge für einen Wohnungsfonds in betroffenen Gebieten nichts, die sich sachlich von der Grundsatzdiskussion der Chinesen abhoben.

Die Sowjetunion ließ sich zu dem voreiligen Entschluß hinreißen, das Parkett nicht zu betreten, solange die DDR von der Konferenz ausgeschlossen bliebe, und die Tschechen, Polen, Ungarn und Kubaner begaben sich solidarisch ins Abseits (6). Damit war den Chinesen bereits ohne eigenes Zutun der Anfangserfolg sicher, erstmals auf einer internationalen Konferenz ohne den sowjetischen Rivalen als Sprecher der Dritten Welt auftreten zu können.

Die Delegation der Volksrepublik stellte aus solcher Ausgangsposition umgehend die andere Supermacht USA und ihre Vietnam-Politik ins Zentrum der Angriffe: Die Chinesen verlangten, die Konferenz solle solche Brutalitäten wie Bombardierung, chemische Waffen, Massenmord, Vernichtung von Pflanzen und Tieren verurteilen. Der Protest des amerikanischen Delegationschefs Train, der "language on Southeast Asia" in den Deklarationsparagrafen zu verhindern suchte, wurde stark isoliert.

Aufsehen erregte der erfolgreiche chinesische Versuch, die Diskussion über den von einer 27-Länder-Kommission vorbereiteten Deklarationsentwurf erneut zu eröffnen und die eigenen Vorstellungen einzubringen. China habe an der Vorbereitung dieses mühsam erreichten "Minimal-Consensus" nicht mitwirken können, der die Vorstellungen der Dritten Welt ungenügend berücksichtige. Daraufhin wurde ein Ausschuß mit der erneuten Diskussion der Schlußerklärung betraut, die sich bis in die letzten Stunden der Konferenz hinzog. Die Chinesen verurteilten eine 12-Punkte-Erklärung mit Ergänzungsvorschlägen, stellten aber keinen formellen Änderungsantrag. Erst zum Schluß zeigte sich die Peking-Delegation kompromißbereit und verzichtete auf eine ausdrückliche Verurteilung Amerikas. Nachdem man sich wegen eines drohenden Abstimmungsboykotts der chinesischen Delegation beinahe damit abgefunden hatte, die Deklaration nur noch als nicht verabschiedete und damit nicht bindende Erklärung dem Aktionsplan beilegen zu können, fand Konferenzpräsident Bengtsson den Ausweg, die 26-Punkte-Erklärung, die die chinesische Haltung zur Frage der Kernexplosion nicht inkorporierte, durch Akklamation zu verabschieden. Die chinesische Delegation nahm dies ohne erkennbaren

Widerspruch hin; das Ziel, die eigenen Vorstellungen in den Vordergrund der Diskussion zu rücken, war ohnehin erreicht. Kompromißbereitschaft bewiesen die Chinesen auch in der Konfrontation mit den Vertretern Südkoreas und Südvietnams. Sie beschränkten sich auf Proteste gegen die Teilnahme beider Länder und verließen bei Reden der Delegierten demonstrativ das Plenum.

Selbstisiolierten sich die Chinesen allerdings mit ihrer Haltung zu Punkt 21 des Deklarationsentwurfes, der "fortgesetzte Waffentests, insbesondere von Versuchen mit Massenvernichtungsmitteln" verurteilt. Bei der Abstimmung in der zuständigen Sitzung (Ausschuß 3) fand sich China allein an der Seite Frankreichs, das wegen der Versuchsserie auf den Mururoas allgemein angegriffen wurde. Lediglich Gabun stand China als dritte Stimme gegen 48 (13 Enthaltungen) zur Seite (7). Die Chinesen bezeichneten die Weiterentwicklung ihrer Atomwaffen zu Verteidigungszwecken als notwendig, da sie sich noch im Experimentierstadium befänden. T'ang K'e wiederholte den bekannten Standpunkt Pekings, die VRCh werde niemals Kernwaffen zuerst anwenden, verbunden mit dem mehr salvatorischen Vorschlag einer Gipfelkonferenz aller Länder der Welt, die das völlige Verbot sämtlicher Atomwaffen durchsetzen solle. Das Abstimmungsergebnis läßt vermuten, daß China auf lange Sicht mit diesem aus der nationalen Interessenlage verständlichen Standpunkt auf keine Gegenliebe in der Dritten Welt stoßen wird. Die Logik vom Widerstand gegen nukleare Erpressung der Supermächte und ihr Waffenmonopol mit der eigenen Bombe schienen nicht alle Entwicklungsländer nachvollziehen zu können. Im Gegensatz zu Frankreich wurde die chinesische Delegation auf der Konferenz jedoch nicht direkt für diese Haltung oder frühere Atombombenversuche kritisiert.

Trotz dieser Unstimmigkeit standen die Chinesen zum Schluß unbestritten als treibende Kraft der Konferenz da, ohne in die Diskussion um das technische Detail eingegriffen zu haben. In Zukunft wird China auch in den UN, wenn es die Stimmen der Dritten Welt weiterhin hinter sich zu vereinen weiß, seinen Vorstellungen in allen wichtigen Punkten Gehör verschaffen und evtl. mit Unterstützung der Entwicklungsländer die Großmächte überstimmen können. Solche Perspektiven zeichneten sich jedenfalls beim Tauziehen um die Besetzung des Umweltrates ab. Da sich das geographische Sitzsystem gegenüber einer mit der Zahlungshöhe gekoppelten Vertretung durchsetzte, majorisieren die Entwicklungsländer dort in Zukunft die zahlenden Industrienationen.

ma

- 1) Zur allgemeinen Problematik "Newsweek", 12.6.72, S.14-29
- 2) PRu 24, 1972, 5-9
- 3) Vgl. C.L. Yu "Der Kampf gegen die Umweltverschmutzung in der VR China", unveröffentl. Manuskript (Kurzfassung C.a. Mai 1972, 27-28)
- 4) Pressereaktionen über Chinas Rolle: P.Menke-Gluckert in "Die Zeit", 30.6.72 und C.Gennrich, FAZ, 16.6.72
- 5) All India Radio, engl. 14.6.72
- 6) Die "Izvestija" schrieb, Stockholm habe die gestellten Aufgaben nicht erfüllt: TASS 22.6., ähnlich Radio Moskau russisch 17.6.72. Zur Absage der Ostblockstaaten Monitor-Dienst 2.6.72 nach ADN, Ceteka, Prensa Latina
- 7) SWB 20.6. bringt den abschließenden chinesischen Standpunkt. Nach erneuter Herausstellung des Vietnam- und Atomtest-Standpunktes heißt es: "Die in der vorliegenden Deklaration formulierten Ansichten waren unakzeptabel für die chinesische Delegation, die nicht an einer Wahl hätte teilnehmen können, wenn die Konferenz insistiert hätte, diese Sätze aufzunehmen."

BRIEFE AN ALTE KAMERADEN

Peking umwirbt KMT-Kader und Taiwanesen

"In einer sich derart schnell verändernden neuen Situation sind gerade jetzt viele unter Euch äußerst schwankend und bekümmert geworden; sie wissen nicht, in welche Richtung sie sich für die Zukunft entscheiden sollen Solche Gefühle kann ich sehr gut verstehen. Blicke ich auf das Jahr 1972, so könnte die außen- und innenpolitische Position unseres Landes nicht besser sein Wenn man auch vertreten wollte, daß früher manch einer dem amerikanischen Imperialismus gegenüber noch gewisse Illusionen hegen konnte, so ist jetzt doch wohl die Zeit des Erwachens gekommen. Der US-Imperialismus ist ein außen starker und innen vertrockneter Papiertiger Worte wie 'Moralität, Freundschaftsgefühle, kameradschaftliche Beziehungen, Partnerschaftsvertrag' waren seit eh und je nur betrügerisches, leeres Geschwätz." (1)

So argumentiert Hou Ching-ju, Absolvent des berühmten 1. Kurses der Whampoa-Militärakademie, heute Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz und des Nationalen Verteidigungsrates der Volksrepublik, in einem Brief an die Jahrgangskameraden, "an die alten Freunde und Kollegen" in Taiwan. Solche Briefe, die Hong Kongs prokommunistische Ta-kung-pao seit Beginn des Jahres in unregelmäßiger Folge veröffentlicht, sind Teil eines vielschichtigen Werbens um potentiell pekingfreundliche Kräfte unter Festländern und Taiwanesen auf Formosa. Eine Neuauflage der "Briefoffensive" von 1955 erscheint gerade in der jetzigen Situation logisch, weil die Volksrepublik - gestützt auf die neue Amerikapolitik - aus einer Position der Stärke eine verzeichende Hand ausstrecken kann. Nach dem schweren Bombardement von Quemoy 1954 und der Einnahme der Insel I-chiang-shan im Jahre 1955 hatte das 7. ZK in einer vorbereitenden Sitzung zu seiner 5. Plenartagung im März 1955 die neue Politik der "friedlichen Befreiung" Formosas formuliert; die Bandung-Konferenz, auf der sich die Volksrepublik den Prinzipien friedlicher Ko-

existenz verpflichtete, folgte im April desselben Jahres. Die Briefkampagne - durch die Überseezeitungen und den Rundfunk verbreitet - richtete sich an alle Bevölkerungsschichten. Sie wurde sporadisch über Jahre weitergeführt, zwischen 1960 und 1962 unterbrochen, um 1963 noch einmal aufzuflackern (2). Auch die Briefe von 1972 sind um eine breite Wirkungsmarge bemüht. Im Zentrum stehen die vor zwei Jahrzehnten vom Festland nach Taiwan geflohenen KMT-Kader und nationalchinesischen Militärs. Die technische Intelligenz, Universitätsdozenten und Studenten sind unfreiwillige Adressatengruppen, ebenso wie die alten Soldaten vom Festland, das taiwanesischen Bürgertum und das einfache Volk.

Unter den Absendern der Offenen Briefe (3) sind seinerzeit zu den Kommunisten übergegangene leitende KMT-Funktionäre wie das ehemalige ZK-Mitglied und Bürgermeister von "Peiping" Ho Szu-yüan und der Bürgermeister der Provinzhauptstadt Lanchou, Sun Ju-nan. Der Sohn des Generals und Provinzgouverneurs von Hunan unter Chiang und Mao, Cheng Ch'ien, berichtet, daß Chou En-lai seinen verstorbenen Vater am Krankenbett besucht habe, daß er als Sohn aus solcher Familie von Mao persönlich empfangen worden sei und sogar Aufnahme in die KPCh gefunden habe. Alte Kommandeure betonen, wie gut sie von den Kommunisten behandelt worden sind, und erzählen von Ausflügen mit ehemaliger KMT-Prominenz, etwa mit Tu Yü-ming, dem ehemaligen Stellvertretenden Kommandeur auf nationalchinesischer Seite bei der Entscheidungsschlacht am Huai-hai (1948), der 1959 als einer der "33 Kriegsverbrecher" von der chinesischen Regierung begnadigt worden war. Der Interims-Rektor der Nationalen Taiwan-Universität, Lo Tsung-lo, appelliert an andere vom "Kettenhund Hu Shih" seinerzeit nach Taiwan gelock-